

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Dr. Hans-Peter Bartels, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
– Drucksache 17/11365 –

Schutz vor Schiffsunfällen beim Bau der Fehmarnbelt-Querung sicherstellen

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Herbert Behrens, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 17/8912 –

**Feste Fehmarnbeltquerung auf den Prüfstand –
Ausstieg aus dem Staatsvertrag mit dem Königreich Dänemark verhandeln**

- c) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Dr. Valerie Wilms, Stephan Kühn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 17/9407 –

Chancen und Risiken ergebnisoffen bewerten – Verhandlungen mit dem Königreich Dänemark über den Ausstieg aus dem Staatsvertrag über den Bau einer Festen Fehmarnbeltquerung aufnehmen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, vertiefte Untersuchungen zu den Auswirkungen der Bauarbeiten für eine feste Querung auf die Schiffssicherheit und die Gefahr von Kollisionen im Fehmarnbelt zu veranlassen, sich in diesem Zusammenhang für verschiedene Maßnahmen der International Maritime Organization (IMO), der Europäischen Union (EU), der Ostseeanrainer sowie der zuständigen Bundesländer und kommunalen Träger einzusetzen sowie eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen im Hinblick auf die Sicherheit des Verkehrs im Umfeld der Baustelle zu veranlassen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, unter umfassender Beteiligung des „Dialogforums Feste Fehmarnbeltquerung“ eine ergebnisoffene Neubewertung des Projektes einer festen Querung und seiner Hinterlandanbindung vorzunehmen, die Resultate ergebnisoffen zu prüfen und ggf. mit der dänischen Regierung die Bedingungen für einen Ausstieg aus dem Projekt zu verhandeln. Für den Fall, dass die Vertragsverhandlungen zu keinem Ergebnis führen, fordert der Antrag unter anderem, dass der Güterverkehr weiterhin auf der Jütlandroute bleibt und deren Ertüchtigung umgehend geprüft wird.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, auf Kritik an dem Projekt einzugehen, eine neue Abwägung des mit dem Projekt verbundenen Nutzens und der Risiken vorzunehmen und dazu einen Dialog zu führen sowie mit Hinweis auf veränderte ökonomische Rahmenbedingungen Verhandlungen mit dem Königreich Dänemark aufzunehmen und – in Abhängigkeit von den Ergebnissen der erneuten Prüfung – ggf. das Ziel zu verfolgen, aus dem Projekt auszusteigen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11365 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8912 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9407 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis c

Jeweils Annahme des Antrags.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a bis c

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/11365 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/8912 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 17/9407 abzulehnen.

Berlin, den 17. April 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Gero Storjohann
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Gero Storjohann

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11365** in seiner 211. Sitzung am 29. November 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu den Buchstaben b und c

Die Anträge auf **Drucksachen 17/8912 und 17/9407** hat er in seiner 175. Sitzung am 26. April 2012 beraten und jeweils an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, vertiefte Untersuchungen zu den Auswirkungen der Bauarbeiten für eine feste Querung auf die Schiffssicherheit und die Gefahr von Kollisionen im Fehmarnbelt zu veranlassen, sich in diesem Zusammenhang für verschiedene Maßnahmen der IMO, der EU, der Ostseeanrainer sowie der zuständigen Bundesländer und kommunalen Träger einzusetzen sowie eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen im Hinblick auf die Sicherheit des Verkehrs im Umfeld der Baustelle zu veranlassen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, unter umfassender Beteiligung des „Dialogforums Feste Fehmarnbeltquerung“ eine ergebnisoffene Neubewertung des Projektes einer festen Querung und seiner Hinterlandanbindung vorzunehmen, die Resultate ergebnisoffen zu prüfen und ggf. mit der dänischen Regierung die Bedingungen für einen Ausstieg aus dem Projekt zu verhandeln. Für den Fall, dass die Vertragsverhandlungen zu keinem Ergebnis führen, fordert der Antrag unter anderem, dass der Güterverkehr weiterhin auf der Jütlandroute bleibt und deren Ertüchtigung umgehend geprüft wird.

Zu Buchstabe c

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, auf Kritik an dem Projekt einzugehen, eine neue Abwägung des mit dem Projekt verbundenen Nutzens und der Risiken vorzunehmen und dazu einen Dialog zu führen sowie mit Hinweis auf veränderte ökonomische Rahmenbedingungen Verhandlungen

mit dem Königreich Dänemark aufzunehmen und – in Abhängigkeit von den Ergebnissen der erneuten Prüfung – ggf. das Ziel zu verfolgen, aus dem Projekt auszusteigen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11365 in seiner 91. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 114. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/8912 in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 24. Oktober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie eine Stimme aus der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/9407 in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/11365, 17/8912 und 17/9407 in seiner 93. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, viele Forderungen, die in dem Antrag der SPD-Fraktion enthalten seien, befänden sich bereits in der Umsetzung und die Seesicherheit sei gewährleistet. Einige der Forderungen in diesem Antrag seien aufgrund internationalen Rechts nicht umsetzbar. Zu den Anträgen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies sie darauf, dass es im Deutschen Bundestag eine breite Mehrheit für die Realisierung des Pro-

jektes einer festen Fehmarnbeltquerung gebe und dass es hier um ein großes europäisches Projekt gehe, welches man sehr begrüße.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezweifelte den angenommenen Nutzen des Projektes einer festen Fehmarnbeltquerung, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit einer Ertüchtigung der Jütlandroute. Die in dem Antrag der Fraktion der SPD geforderten Sicherheitsmaßnahmen seien zwar im Hinblick auf die hohe Sensibilität der betroffenen Region sinnvoll. In dem Antrag der Fraktion der SPD komme aber die Unentschiedenheit der Fraktion der SPD in Bezug auf das Projekt zum Ausdruck; ihr eigener Antrag und der der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien konsequenter formuliert.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, sie sehe die Gefahr, dass das Projekt einer festen Fehmarnbeltquerung das nächste notleidende Großprojekt werde. Die Kosten explodierten und es sei unklar, ob es in ökologischer Hinsicht bei dem vorgesehenen Absenktunnel bleiben könne. Die zu erwartenden Verkehrsbewegungen könnten ein solch teures Projekt nicht rechtfertigen. Zudem könne man den Verkehr über gute Alternativverbindungen führen. Auch fehlten bislang Lösungen für die Hinterlandanbindung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11365.

Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8912.

Die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9407 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 17. April 2013

Gero Storjohann
Berichterstatter

